

**Beschluss** (die Ziffern 1,2 und 8 gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste, DIE LINKE./Die PARTEI, AfD  
die Ziffern 3 bis 7 gegen die Stimmen von CSU mit FREIE WÄHLER, FDP BAYERNPARTEI, ÖDP/München-Liste, AfD)

1. Der vorgeschlagenen investiven Konsolidierung des Teilhaushalt des Baureferats für die ÖPNV-Bauprogramme (Unterabschnitt 6050) gemäß dem Vortrag der Referenten unter Punkt 2 respektive Anlage 1 dargestellt, wird zugestimmt.
2. Die Stadtkämmerei wird beauftragt, die entsprechende Anpassung der investiven Ansätze im Rahmen des Entwurfs des Mehrjahresinvestitionsprogrammes 2024 – 2028 umzusetzen.
3. Die Finanzierung für die Neubaustrecken Tram Münchner Norden sowie Tram Johanneskirchen erfolgt anteilig über die alternativen Finanzierungsquellen gemäß den Ausführungen des Kapitels 4.
4. Das Referat für Stadtplanung und Bauordnung wird beauftragt, Einzahlungen in Höhe von gesamt 10 Mio. Euro, die bisher unter der Finanzposition 6110.352.0000 vorgesehen waren, als Refinanzierung der beiden Neubaustrecken Tram Münchner Norden sowie Tram Johanneskirchen in den Haushalt des Baureferates zu übertragen.
5. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, die vom Referat für Stadtplanung und Bauordnung zu übertragenden Haushaltsmittel in Gesamthöhe von 10 Mio. Euro in der nächsten Haushaltsplanungsphase für 2025 für den UA 6050 anzumelden.
6. Das Mobilitätsreferat wird beauftragt, 4,9 Mio. Euro vom bisherigen Haushaltsansatz 2026 von der Finanzposition 6141.985.7541.5 als Refinanzierung der beiden Neubaustrecken Tram Münchner Norden sowie Tram Johanneskirchen in den Haushalt des Baureferates zu übertragen.
7. Das Referat für Arbeit und Wirtschaft wird beauftragt, die vom Mobilitätsreferat zu übertragenden Haushaltsmittel in Höhe von 4,9 Mio. Euro in der nächsten Haushaltsplanungsphase für 2026 für den UA 6050 anzumelden.
8. Die SWM/MVG werden gebeten, die Vorfinanzierung gemäß den Ausführungen des Kapitels 4.3 zu sichern.

Hinweis: Die Ziffern 9 bis 17 werden im Fachausschuss im Januar beschlossen.